



24.049

## **Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028**

### **Stratégie de coopération internationale 2025–2028**

*Differenzen – Divergences*

#### CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 11.09.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.12.24 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.24 (FORTSETZUNG - SUITE)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 10.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.12.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

#### **2. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe und der Ukraine und Region in den Jahren 2025–2028**

#### **2. Arrêté fédéral concernant le financement de la coopération au développement et de l'aide humanitaire ainsi qu'en faveur de l'Ukraine et de la région pour les années 2025–2028**

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Wir beraten heute die Differenzen. Herr Portmann begründet den Antrag seiner Minderheit und spricht auch für die FDP-Liberale Fraktion.

**Portmann** Hans-Peter (RL, ZH): Wir sind jetzt in der Differenzbereinigung. Ich werde es unterlassen, die Argumente der FDP-Liberalen Fraktion zur Entwicklungszusammenarbeit, dieser wichtigen Tätigkeit unseres Landes, hier nochmals inhaltlich zu erwähnen. Ich komme direkt zu den Minderheiten, sprich zum eigentlich finanziellen Teil.

Sie haben gestern beim Budget eine Reduktion von 170 Millionen Franken in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Es geht jetzt darum, dass wir das auch im Verpflichtungskredit abbilden.

Wir von der FDP-Liberalen Fraktion unterbreiten Ihnen heute zwei Minderheitsanträge, die Reduktionen vorsehen, welche von der Grössenordnung her für alle hier im Saal absolut vertretbar sein sollten. Wir dezimieren diese 1 Milliarde Franken für die vier Jahre, gehen aber weniger tief herunter als beim Budgetbeschluss. Im Budget haben Sie bewilligt, den Betrag um 170 Millionen Franken zu reduzieren. Wenn Sie der Minderheit I zustimmen, entspricht die Reduktion nur noch 85 Millionen Franken pro Jahr und ist sogar noch geringer als der Betrag, den Sie im Budget beschlossen haben. Wir sprechen bei den Verpflichtungskrediten für die Entwicklungszusammenarbeit von Einsparungen von gerade noch 2,5 Prozent.

Sie wissen, dass für die Gesamtverwaltung Einsparungen von 4 bis 5 Prozent beschlossen wurden. Also irgendwo muss es hier doch auch eine Opfersymmetrie geben. Sie wissen auch, dass in den kommenden Jahren in verschiedensten Bereichen viele Zusatzbelastungen in Milliardenhöhe auf uns zukommen werden, deren Finanzierung heute noch nicht klar ist. Wie kann man in einem solchen Umfeld dem Bundesrat Verpflichtungskredite gewähren, die sowieso nicht ausgegeben werden können, und das erst noch im Wissen, dass wir in verschiedensten Bereichen in unserem Lande – öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Altersvorsorge – Aufgaben zu stemmen haben, für die wir nicht einmal das Geld haben? Das ist doch keine seriöse Politik dieses Hauses.

Ich appelliere an alle vernünftigen Köpfe in diesem Rat, auch in der Entwicklungszusammenarbeit einen kleinen Teil der Opfersymmetrie herzustellen. Es geht hier auch um unsere Partnerinnen und Partner im Ausland und auch um die DEZA und die Chefin der DEZA, die hier vertreten ist. Es geht auch um Ehrlichkeit und Verlässlichkeit. Wir werden dieses Geld so oder so irgendwo einsparen müssen. Und nichts ist schlimmer, als im Ausland Projekte künden zu müssen und unseren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen zu können.



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2024 • Achte Sitzung • 12.12.24 • 08h00 • 24.049  
Conseil national • Session d'hiver 2024 • Huitième séance • 12.12.24 • 08h00 • 24.049



Ich bitte Sie deshalb im Namen der FDP-Fraktion: Stimmen Sie sowohl dem Antrag der Minderheit I (Portmann) als auch dem Antrag der Minderheit II (Portmann) zu. Unterstützen Sie diese Anträge, geben Sie sie an die ständerätliche Kommission weiter. Vielleicht hat sie noch eine andere Idee. Es ist ja noch nicht die Schlussabstimmung, und vielleicht gibt es noch andere Möglichkeiten. Aber seien Sie sich hier Ihrer Verpflichtung bewusst, und berücksichtigen Sie auch beim Thema Entwicklungszusammenarbeit die Opfersymmetrie.

**Rüegger** Monika (V, OW): In dieser Session knorzen wir mit Müh und Not ein gesetzeskonformes Budget hin, um die Schuldenbremse einzuhalten. Nächstes und übernächstes Jahr wird es – so wird es prognostiziert – der genau gleiche Knorz sein. Zusätzlich sollten wir noch eine 13. AHV-Rente finanzieren, und wir wissen überhaupt nicht, woher das Geld dafür genommen werden soll. Auch die AHV klagt über Geldnot. Es sollen wieder die Arbeitenden über mehr Lohnprozente die Differenz bezahlen. Hinzu kam letzte Woche die Hiobsbotschaft, dem ÖV fehlten 14 Milliarden Franken respektive die Projekte kosteten mehr Geld. Dies werden ebenfalls die Steuerzahler bezahlen müssen.

Und was machen wir hier unter der Bundeshauskuppel? Wir wollen in den nächsten vier Jahren unverändert 11,3 Milliarden Franken ins Ausland schicken. Wie erklären Sie den Leuten da draussen, dass Sie das Geld lieber ins Ausland schicken möchten, als hier im Inland zu unseren Leuten zu schauen? Wie erklären Sie einem Familienvater mit einem ganz normalen Einkommen, einem Einkommen von 5000 Franken im Monat, er müsse jetzt mehr Mehrwertsteuer bezahlen und noch mehr von seinem Lohn abgeben, weil halt gewisse Projekte in der Welt, gewisse Weltverbesserungsprojekte, wichtiger seien? Die meisten davon werden nicht einmal von Schweizer Organisationen ausgeführt.

Mit meinem Minderheitsantrag sollen in den nächsten vier Jahren läppische – im Vergleich zu diesen 11,3 Milliarden Franken – 751 Millionen Franken weniger ins Ausland geschickt werden. Das sind 6,6 Prozent der ganzen Summe. Das wäre doch wirklich eine kleine Wertschätzung, ein kleines Zeichen gegenüber unserer Bevölkerung, dass sie nicht alles im Land mit zusätzlichen Lohnabzügen oder Steuern selbst stemmen muss, sondern dass wir zu unseren Leuten schauen und das Geld nicht nur ins Ausland schicken.

Ich gebe Ihnen gerne ein Beispiel, wie Sie diese 751 Millionen Franken einsparen können. Durchleuchten Sie doch die multilateralen Organisationen genau und was die mit ihrem Geld machen. Oder setzen Sie doch einfach über drei Jahre 250 Millionen Franken weniger ein. Dann gibt es wenigstens in diesen schwierigen nächsten drei Jahren, die das Budget extrem belasten werden, eine kleine Entlastung. Sie können immer noch im vierten Jahr wieder normal budgetieren.

Danke für Ihre Unterstützung.

**Molina** Fabian (S, ZH): In der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028 verbleiben in drei Bereichen Differenzen zum Ständerat. Ihre Aussenpolitische Kommission hat – mit einer Ausnahme – beschlossen, in allen

AB 2024 N 2331 / BO 2024 N 2331

Bereichen dem Ständerat zu folgen, was ich Ihnen im Namen der SP-Fraktion ebenfalls beliebt machen möchte.

Bei der wichtigsten Differenz, dem Zahlungsrahmen, hat der Ständerat ohne Gegenstimme beschlossen, am neuen Antrag des Bundesrates festzuhalten und auch die Ausgabenbremse zu lösen, was wir Ihnen ebenfalls dringend empfehlen würden. Der Ständerat hat damit deutlich gemacht, dass der bereits gekürzte zweite Antrag des Bundesrates das absolute Minimum darstellt. Der Antrag sieht eine APD-Quote von 0,36 Prozent vor, was der tiefste Wert seit zwanzig Jahren ist, und er entspricht auch nur etwa der Hälfte dessen, wozu sich die Schweiz international verpflichtet hat.

Eine weitere Kürzung würde zur Schliessung von Programmen führen und wäre angesichts der enormen Bedürfnisse in der Welt nicht zu rechtfertigen. Es gilt ausserdem festzuhalten, dass die jetzt noch vorliegenden Minderheitsanträge überproportional die Ukraine betreffen. Das würde auch bedeuten, dass die Schweiz international wieder als unsolidarisch gegenüber dem vom russischen Angriffskrieg gezeichneten Land dastünde. International würde das nicht verstanden und wäre auch im Hinblick auf unsere Sicherheit nicht zu rechtfertigen.

Der zweite Bereich, bei dem eine Differenz verbleibt, ist der SECO-Kredit und die Art und Weise, wie die Ukraine unterstützt werden soll. Hier hat der Ständerat beschlossen, auf die starre und strikte Vorgabe in Bezug auf die Unterstützung durch Schweizer Unternehmen zu verzichten. Wir waren von Anfang an gegen diese Konditionalisierung, und in diesem Sinne bitten wir Sie, auch hier dem Ständerat zu folgen.

Im dritten Bereich, bei den Prioritäten zu Gesundheit und Bildung, schlägt Ihnen der Ständerat einen Kompromiss vor. Hier bitten wir Sie ebenfalls, auf diesen Kompromiss einzusteigen, mit der Ausnahme, dass wir





## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2024 • Achte Sitzung • 12.12.24 • 08h00 • 24.049  
Conseil national • Session d'hiver 2024 • Huitième séance • 12.12.24 • 08h00 • 24.049



weiterhin daran festhalten möchten, dass die Gesundheitsausserpolitik 2019–2024 der Schweiz um eine weitere Periode verlängert werden soll. Hier bitte ich Sie, diese Differenz aufrechtzuerhalten. Ich danke Ihnen, dass Sie der Mehrheit Ihrer Kommission folgen.

**Badertscher** Christine (G, BE): Wir befinden uns in der ersten Differenzbereinigung zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2025–2028.

Im Namen der Grünen bitte ich Sie, der Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission zu folgen. Die Gründe, weshalb die internationale Zusammenarbeit für die Schweiz wichtig ist, haben wir letzten Montag bereits ausgiebig diskutiert. Ich fasse noch einmal kurz die drei wichtigsten Punkte zusammen:

1. Das aussenpolitische Umfeld ist schwierig geworden. Wir sprechen heute von einem Krisenbogen rund um Europa. Deshalb ist die internationale Zusammenarbeit zentral und darf nicht geschwächt werden. Denn die weltweiten Krisen werden sich mittel- und langfristig direkt auf die Sicherheit und die Unabhängigkeit der Schweiz auswirken.

2. Die Entwicklungszusammenarbeit ist eine nachhaltige Sicherheitspolitik. Sie fördert Frieden und Sicherheit, bevor Krisen entstehen. Sie ist die "Brandschutzmassnahme", wenn ich Bundesrat Cassis hier noch einmal zitieren darf.

3. Es geht um die Reputation der Schweiz. Die Schweiz hat eine lange humanitäre Tradition. Wir sind auf der Weltbühne mit dem internationalen Genf eine wichtige Akteurin. Wenn die Schweiz ihre Verantwortung nicht mehr wahrnimmt, indem sie ohne Not die Entwicklungszusammenarbeit zusammenstreicht, verliert sie an Glaubwürdigkeit und Einfluss. Das können wir uns nicht leisten.

Noch etwas zum Verpflichtungskredit, über den wir nun noch abstimmen: Wir unterstützen den neuen Antrag des Bundesrates, und das ist für uns bereits ein grosser Kompromiss. Denn eigentlich wollten wir – das haben wir in den letzten zwei Jahren auch so gefordert –, dass die Unterstützung für die Ukraine nicht vollständig aus dem Verpflichtungskredit der internationalen Zusammenarbeit erfolgt. In der Strategie wird dies nun jedoch so vorgesehen, mit der Konsequenz, dass bereits mit der Version des Bundesrates im globalen Süden viel weniger Mittel zur Verfügung stehen werden. Die Gelder wurden also bereits gekürzt.

Wir bitten Sie deshalb, der Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission zu folgen und die Version des Bundesrates zu beschliessen, wie dies auch der Ständerat ohne Gegenstimme getan hat.

**Schneider-Schneiter** Elisabeth (M-E, BL): Wie gesagt, haben wir heute noch Differenzen im Bundesbeschluss 2 zu bereinigen.

Die APK-N unterstützt den Zahlungsrahmen gemäss neuem Antrag des Bundesrates und Fassung des Ständerates. Auch die Mitte-Fraktion unterstützt diesen Zahlungsrahmen grossmehrheitlich. Wir sehen nicht ein, warum man den Zahlungsrahmen heute kürzen sollte. Bei diesem Verpflichtungskredit geht es um eine maximale Höhe. Wir haben es in der Hand, im jeweiligen Budget je nach Situation tiefere Beiträge einzusetzen.

Die Schweiz beteiligt sich an der internationalen Zusammenarbeit aus wohlverstandenen Eigeninteresse, weil Sicherheit, Wohlstand und Lebensqualität der international stark vernetzten Schweiz von den weltweiten politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklungen abhängen. Der Ständerat hat diesem Zahlungsrahmen einstimmig zugestimmt. Ich bitte Sie, das ebenso zu tun und die drei Minderheitsanträge zu Artikel 1 Absätze 1 und 2 abzulehnen.

Wie bereits in der Eintretensdebatte erklärt, belastet die Ukraine-Hilfe den Rahmenkredit stark und schränkt viele Projekte schwerwiegend ein. Wir erachten es aus finanzpolitischer Sicht als vertretbar, in diesem Rahmenkredit auf weitere Kürzungen zu verzichten, zumal die Kürzungen vor allem auch die humanitäre Hilfe in der Ukraine unmittelbar betreffen. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, die Ausgabenbremse für die Ausgaben in Artikel 1 Absatz 1 ebenfalls zu lösen. Wenn wir hier kein qualifiziertes Mehr hinbekommen, setzen wir den Finanzrahmen auf null.

Es bleibt nun noch eine Differenz in Artikel 1 Absatz 8, welcher eine Verlängerung der Gesundheitsausserpolitik um eine weitere Periode verlangt. Wenn schon der Schwerpunkt Gesundheit in der Botschaft behandelt und befolgt wird, dann sollte auch die entsprechende Strategie dazu vorhanden sein.

Schlussendlich unterstützt die Mitte-Fraktion auch die anderen Beschlüsse des Ständerates.

Ich bitte Sie, Ihrer Kommission in diesem Sinne zu folgen.

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Die SVP-Fraktion verzichtet auf ein Votum.

**Cassis** Ignazio, Bundesrat: Wir befinden uns hier in der Differenzbereinigungsrunde. Sie haben festgestellt, dass der Ständerat den bundesrätlichen Entwurf voll und ganz unterstützt und auch noch bestätigt hat, und dies unter Einbezug der parlamentarischen Beratung im Nationalrat. Ich bitte Sie, dem ausgeglichenen Entwurf des





## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2024 • Achte Sitzung • 12.12.24 • 08h00 • 24.049  
Conseil national • Session d'hiver 2024 • Huitième séance • 12.12.24 • 08h00 • 24.049



Bundesrates zu folgen. Die Diskussion zeigt wirklich deutlich, dass der Bundesrat mit diesem ausgeglichenen und austarierten Entwurf die Diskussion gerade antizipiert und einen Mittelweg gefunden hat, der mit der Finanzlage des Bundes kompatibel ist.

Also ich bitte Sie hier noch einmal, dem bundesrätlichen bzw. jetzt ständerätlichen Entwurf zu folgen.

**Friedl** Claudia (S, SG): Geschätzter Herr Bundesrat Cassis, wie viele Länder müssten wir in der Entwicklungszusammenarbeit aufgeben, wenn wir die Kürzung so vornehmen, wie das jetzt durch die Minderheitsanträge vorgesehen ist?

**Cassis** Ignazio, Bundesrat: Danke, Frau Nationalrätin. Die vorliegenden Kürzungsanträge treffen überproportional die Ukraine. Das ist in den Augen des Bundesrates schlecht. In der ersten Runde hatten Sie die Ukraine ausgeklammert und Ihre Sparübungen auf andere Bereiche konzentriert. Doch diese drei Minderheitsanträge treffen die Ukraine jetzt besonders stark. Sie sind auch nicht kompatibel mit dem, was Sie im Budget beraten haben.

Ja, welche Folgen hätte die Kürzung? Das kommt auf die Grösse des Sparpakets an. Wenn 3 Prozent der Gelder eingespart werden müssen, dann könnten wir relativ transversal

AB 2024 N 2332 / BO 2024 N 2332

sein. Wenn die Kürzung hingegen, sagen wir, 8 oder 10 Prozent beträgt, müssten wir selbstverständlich in geografischer und auch in thematischer Hinsicht sparen. Wir könnten nicht mehr alles tun, sonst wären die Preise für die einzelnen Leistungen viel zu hoch.

**Molina** Fabian (S, ZH): Ich habe eine Frage zur Ukraine-Unterstützung der Schweiz. Der Bundesrat hat ja über den gesamten Zeitraum 5 Milliarden Franken zugesagt. Mit der Strategie 2025–2028 beantragt er jetzt eine Unterstützung von 1,5 Milliarden Franken, die Minderheiten möchten diese kürzen. Was würde es für das internationale Renommee der Schweiz bedeuten, wenn wir bei der Ukraine-Unterstützung knausern würden?

**Cassis** Ignazio, Bundesrat: Ich habe es vorhin gesagt, diese überproportionale Fokussierung auf die Ukraine ist sicher nicht gut für die Strategie des Bundesrates, die darin besteht, bis 2036 mindestens 5 Milliarden Franken für die Ukraine zu reservieren: 1,5 Milliarden Franken in der nächsten Vierjahresperiode, den Rest später, je nach Lage vielleicht auch unter Einbezug von anderen Finanzierungsquellen. Ich würde es nicht dramatisieren, aber es wäre sicher keine gute Entwicklung für die Glaubwürdigkeit der Schweiz.

**Schneider-Schneiter** Elisabeth (M-E, BL): Herr Bundesrat, was würde passieren, wenn es das Parlament nicht schaffen würde, die Ausgabenbremse zu lösen?

**Cassis** Ignazio, Bundesrat: Das wissen Sie genauso gut wie ich: Kann die Ausgabenbremse nicht gelöst werden, wird die ganze Vorlage wieder auf null gestellt – dann müssen Sie das Ganze von Beginn an wieder diskutieren.

**Portmann** Hans-Peter (RL, ZH): Geschätzter Herr Bundesrat, Sie haben vorhin gesagt, dass man, wenn sich die Kürzung im Rahmen von 3 Prozent bewegen würde, dies glätten könne und man sich aus keinem Land zurückziehen müsse. Mein Punkt ist daher folgender: Die Minderheit I (Portmann) verlangt eine Kürzung von nicht einmal 2,5 Prozent. Somit könnte sich der Bundesrat mit der Minderheit I (Portmann) einverstanden erklären und jetzt noch einmal erklären, dass man sich auch so aus keinem einzigen Land zurückziehen muss.

**Cassis** Ignazio, Bundesrat: Herr Nationalrat Portmann, die Hoheit über das Budget hat das Parlament. Der Bundesrat setzt alles um, was Sie entscheiden.

**Sormani** Daniel (V, GE): Monsieur le conseiller fédéral, j'aimerais que vous expliquiez aux citoyens suisses de ce pays comment vous voyez la situation, en cherchant à financer et à aider l'Ukraine, avec 5 milliards de francs, alors que l'on peine à trouver de l'argent pour financer la 13e rente de nos concitoyens et de nos retraités suisses.

**Cassis** Ignazio, conseiller fédéral: Monsieur le conseiller national, le Conseil fédéral a justement fait une pesée d'intérêts entre les différents besoins de notre pays, qui vont de la 13e rente AVS jusqu'à l'aide au développement. Une partie de la population veut une chose, une partie en veut une autre, etc. La tâche du Conseil fédéral est de trouver le bon équilibre dans l'engagement de l'Etat pour les différents besoins que





## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2024 • Achte Sitzung • 12.12.24 • 08h00 • 24.049  
Conseil national • Session d'hiver 2024 • Huitième séance • 12.12.24 • 08h00 • 24.049



la population exprime. J'ai insisté plusieurs fois en vous disant que ce crédit d'engagement sur quatre ans et cette stratégie sont le résultat de cette pondération d'intérêts. La stratégie tient compte des intérêts liés à l'armée, des intérêts liés à la culture ou encore des intérêts liés à la formation dans les universités et dans les hautes écoles professionnelles. Le Conseil fédéral a donc bien tenu compte de tous les besoins exprimés par la population.

**Gredig** Corina (GL, ZH), für die Kommission: Es ist jetzt nur noch der Bundesbeschluss 2 offen. Bei den Bundesbeschlüssen 1 und 3 gibt es keine Minderheitsanträge mehr.

Sie mögen sich erinnern: Sie sind in der letzten Runde bei der grössten offenen Frage, beim Zahlungsrahmen, der Kommissionsmehrheit gefolgt. Der Rat hat dann aber die Ausgabenbremse nicht gelöst. Die Vorlage ging nochmals zurück in den Ständerat. Der Ständerat hat den neuen Antrag des Bundesrates einstimmig angenommen.

Zur Frage des Zahlungsrahmens lagen in der Kommission drei Anträge auf Kürzung der Verpflichtungskredite vor. Alle drei wollen kürzen, aber unterschiedlich stark. Gekürzt werden sollen der Verpflichtungskredit Ukraine und Region sowie die Programme der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Keine Kürzungen soll es beim Verpflichtungskredit für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor geben, wofür 500 Millionen Franken vorgesehen sind. Alle Anträge wurden mit 14 zu 11 Stimmen abgelehnt, was einer Unterstützung der neuen Anträge des Bundesrates und dem Beschluss des Ständerates entspricht.

Die Kommissionsmehrheit folgte ansonsten überall den neuen Anträgen des Bundesrates und dem Beschluss des Ständerates, mit einer Ausnahme: Artikel 1 Absatz 8 zur Gesundheitsaussenpolitik. Die Kommissionsmehrheit möchte an ihrem Antrag festhalten und hier auch ein politisches Zeichen setzen. Die Kommission beantragt einstimmig, dass wir hier festhalten. Sie bittet Sie, dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen, der jetzt auch bereits zweimal vom Ständerat bekräftigt wurde.

**Wehrli** Laurent (RL, VD), pour la commission: Pour mémoire, alors que nous allons procéder au traitement des divergences avec le Conseil des Etats, rappelons que la stratégie et les crédits d'engagement pour la coopération internationale 2025–2028 concernent le financement de la coopération au développement, de l'aide humanitaire, des mesures de promotion de la paix et de renforcement des droits de l'homme ainsi que de la reconstruction de l'Ukraine.

Dans sa séance du 11 décembre 2024, la Commission de politique extérieure de notre conseil a donc procédé au traitement des divergences, en regard des décisions du Conseil des Etats et également des aspects financiers de l'article 1 alinéas 1 et 2 du projet 2, vu que la décision de notre conseil de la semaine dernière de lever le frein aux dépenses n'avait pas atteint la majorité absolue de 101 voix. Je vous rappelle d'ailleurs à ce sujet que nous nous étions prononcés ainsi lors du vote: 99 voix pour cette levée contre 89 et 5 abstentions. Pour ces questions financières, à l'article 1 alinéas 1 et 2, trois propositions de diminution des montants prévus vous ont été présentées. Elles visent respectivement des baisses de 351 millions de francs pour les 4 ans de durée de cette stratégie, de 551 millions et de 751 millions. Votre commission vous propose de rejeter chacune de ces propositions, à chaque fois, par 14 voix contre 11 et aucune abstention, et donc de maintenir votre décision de la semaine dernière, similaire à celle du Conseil des Etats et à la nouvelle proposition du Conseil fédéral.

La commission de notre conseil a ensuite traité des divergences avec le Conseil des Etats. A l'article 1 alinéa 2bis, par 13 voix contre 9 et 2 abstentions, il vous est proposé de vous rallier à la décision du Conseil des Etats et donc de biffer cet alinéa concernant la possibilité de privilégier les entreprises suisses dans le cadre des projets de reconstruction de l'Ukraine.

A l'article 1 alinéa 8, votre commission vous propose, à l'unanimité, de maintenir la décision de notre conseil en faveur de la prolongation de la politique extérieure en matière de santé 2019–2024 d'une période supplémentaire.

A l'article 1 alinéas 9 et 10, votre commission vous propose, également à l'unanimité, d'adhérer à la décision du Conseil des Etats consistant à biffer l'alinéa 9 et à privilégier une nouvelle rédaction regroupant les actions en matière de santé et de formation à l'alinéa 10.

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Heute Morgen zwischen 8 und 8.20 Uhr war es unglaublich laut hier. Ich möchte Erich Fromm zitieren: "Zuhören ist eine Kunst wie das Verstehen von Poesie." Ich möchte Sie wirklich bitten, heute und in

AB 2024 N 2333 / BO 2024 N 2333

der nächsten Woche, aber auch bei den nächsten Sessionen ein bisschen mehr Künstler zu sein und die De-





batten ausserhalb des Saales zu führen.

Unsere Kollegin Gabriela Suter feiert heute Geburtstag. Herzliche Gratulation! (*Beifall*)

**Art. 1**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1, 2, 2bis, 9, 10*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 8*

Festhalten

*Antrag der Minderheit I*

(Portmann, Calame, Grüter, Haab, Marchesi, Michel Simon, Page, Reimann Lukas, Rüegger, Thalmann-Bieri, Vontobel)

*Abs. 1*

... wird ein Verpflichtungskredit von 9312,3 Millionen Franken bewilligt.

*Abs. 2 Bst. a*

a. ... 5804,7 Millionen Franken;

*Abs. 2 Bst. b*

b. ... 2207,6 Millionen Franken;

*Abs. 2 Bst. c*

c. ... 800 Millionen Franken;

*Abs. 2 Bst. d*

d. Verpflichtungskredit Ukraine und Region ... für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor 500 Millionen Franken.

*Antrag der Minderheit II*

(Portmann, Calame, Grüter, Haab, Marchesi, Michel Simon, Page, Reimann Lukas, Rüegger, Thalmann-Bieri, Vontobel)

*Abs. 1*

... wird ein Verpflichtungskredit von 9112,3 Millionen Franken bewilligt.

*Abs. 2 Bst. a*

a. ... 5804,7 Millionen Franken;

*Abs. 2 Bst. b*

b. ... 2207,6 Millionen Franken;

*Abs. 2 Bst. c*

c. ... 600 Millionen Franken;

*Abs. 2 Bst. d*

d. Verpflichtungskredit Ukraine und Region ... für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor 500 Millionen Franken.

*Antrag der Minderheit III*

(Rüegger, Calame, Grüter, Haab, Marchesi, Michel Simon, Page, Portmann, Reimann Lukas, Thalmann-Bieri, Vontobel)

*Abs. 1*

... wird ein Verpflichtungskredit von 8912,3 Millionen Franken bewilligt.

*Abs. 2 Bst. a*

a. ... 5604,7 Millionen Franken;

*Abs. 2 Bst. b*

b. ... 2207,6 Millionen Franken;

*Abs. 2 Bst. c*

c. ... 600 Millionen Franken;

*Abs. 2 Bst. d*

d. Verpflichtungskredit Ukraine und Region ... für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor 500 Millionen Franken.



**Art. 1**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1, 2, 2bis, 9, 10*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 8*

Maintenir

*Proposition de la minorité I*

(Portmann, Calame, Grüter, Haab, Marchesi, Michel Simon, Page, Reimann Lukas, Rüegger, Thalmann-Bieri, Vontobel)

*Al. 1*

Un crédit d'engagement de 9312,3 millions de francs ... et de l'aide humanitaire, ainsi qu'en faveur de l'Ukraine et de la région.

*Al. 2 let. a*

a. ... 5804,7 millions de francs;

*Al. 2 let. b*

b. ... 2207,6 millions de francs;

*Al. 2 let. c*

c. ... 800 millions de francs;

*Al. 2 let. d*

d. crédit d'engagement pour l'Ukraine et la région ... pour la collaboration avec le secteur privé 500 millions de francs.

*Proposition de la minorité II*

(Portmann, Calame, Grüter, Haab, Marchesi, Michel Simon, Page, Reimann Lukas, Rüegger, Thalmann-Bieri, Vontobel)

*Al. 1*

Un crédit d'engagement de 9112,3 millions de francs ... et de l'aide humanitaire, ainsi qu'en faveur de l'Ukraine et de la région.

*Al. 2 let. a*

a. ... 5804,7 millions de francs;

*Al. 2 let. b*

b. ... 2207,6 millions de francs;

*Al. 2 let. c*

c. ... 600 millions de francs;

*Al. 2 let. d*

d. crédit d'engagement pour l'Ukraine et la région ... pour la collaboration avec le secteur privé 500 millions de francs.

*Proposition de la minorité III*

(Rüegger, Calame, Grüter, Haab, Marchesi, Michel Simon, Page, Portmann, Reimann Lukas, Thalmann-Bieri, Vontobel)

*Al. 1*

Un crédit d'engagement de 8912,3 millions de francs ... et de l'aide humanitaire, ainsi qu'en faveur de l'Ukraine et de la région.

*Al. 2 let. a*

a. ... 5604,7 millions de francs;

*Al. 2 let. b*

b. ... 2207,6 millions de francs;

*Al. 2 let. c*

c. ... 600 millions de francs;

*Al. 2 let. d*

d. crédit d'engagement pour l'Ukraine et la région ... pour la collaboration avec le secteur privé 500 millions de francs;



*Abs. 1, 2 – Al. 1, 2*

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Wir mehrten die Anträge der verschiedenen Minderheiten vom höchsten zum tiefsten Betrag gegeneinander aus.

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; 24.049/29971)

Für den Antrag der Minderheit I ... 95 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 95 Stimmen

(4 Enthaltungen)

*Mit Stichentscheid der Präsidentin*

*wird der Antrag der Minderheit I angenommen*

*Avec la voix prépondérante de la présidente*

*la proposition de la minorité I est adoptée*

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; 24.049/29972)

Für den Antrag der Minderheit I ... 98 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 91 Stimmen

(5 Enthaltungen)

*Dritte Abstimmung – Troisième vote*

(namentlich – nominatif; 24.049/29973)

Für den Antrag der Minderheit I ... 124 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III ... 69 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Übrige Bestimmungen angenommen*

*Les autres dispositions sont adoptées*

AB 2024 N 2334 / BO 2024 N 2334

*Art. 1*

*Ausgabenbremse – Frein aux dépenses*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 24.049/29974)

Für Annahme der Ausgabe ... 129 Stimmen

Dagegen ... 66 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht*

*La majorité qualifiée est acquise*

**Präsidentin** (Riniker Maja, Präsidentin): Das Geschäft geht an den Ständerat zurück.